

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

8.10.1894 (No. 276)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 8. Oktober.

N^o 276.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 8. Oktober.

Zwischen den beiden Häusern des ungarischen Reichstags ist abermals ein Konflikt ausgebrochen, der an die Situation nach der Ablehnung der Civilgesetzvorlage durch das Magnatenhaus erinnert. Das Magnatenhaus hat am Samstag die Regierungsvorlage über die freie Religionsübung in dritter Lesung abgelehnt. Ueberaus rasch kann man dieses Ergebnis, so großes Aufsehen es auch in der ungarischen Hauptstadt macht, nicht nehmen. In der vorigen Nummer dieses Blattes wurde berichtet, daß der Gesetzentwurf über die freie Religionsübung vom Magnatenhause in der ersten Abstimmung mit drei Stimmen Majorität angenommen worden ist. Diese geringfügige Mehrheit deutete schon darauf hin, daß die Aussichten für die weitere Beratung des Gesetzentwurfs im Magnatenhause sehr ungewisse waren. Die eigentlichen Schwierigkeiten begannen erst bei der Spezialberatung. Vor allem stieß der Abschnitt der Vorlage über die Konfessionslosigkeit auf die stärkste Opposition. Obwohl die Konfessionslosigkeit in Oesterreich bereits seit drei Jahrzehnten zulässig ist, ohne daß sich nachtheilige Wirkungen davon in Staat oder Gesellschaft gezeigt hätten, wird sie in Ungarn von clerikaler Seite, als zum Atheismus führend, auf das Heftigste bekämpft. Kardinal Schönbach erklärte die „religiöse Anarchie“ für mindestens ebenso gefährlich wie die politische und schrieb dem Gesetze eine das öffentliche Leben Ungarns erschütternde Wirkung zu. In derselben Tonart führten die anderen Gegner des Gesetzes den Kampf, und zwar gehören zu den Gegnern nicht nur die katholischen, sondern auch viele protestantische Mitglieder des Hauses. Graf Madar Andrássy beantragte am Samstag, den Abschnitt über die Konfessionslosigkeit abzulehnen, und dieser Antrag wurde mit 122 gegen 96 Stimmen angenommen. Nach diesem Beschlusse hatte die ganze Vorlage für die Regierung und die liberale Partei ihren Werth verloren und der ganze Gesetzentwurf über die freie Religionsübung wurde abgelehnt. Es entsteht nun die Frage, was das Ministerium Weterle angesichts der Ablehnung der Vorlage durch das Magnatenhaus thun wird. Die Ablehnung ruhig hinnehmen und den Gesetzentwurf preisgeben kann die Regierung nicht, da der Entwurf einen wesentlichen Theil ihres kirchenpolitischen Programms bildet. Die Regierung wird also darnach streben müssen, eine andere Zusammenfassung des Magnatenhauses herbeizuführen, bei der die Vorlage, sobald sie vom Abgeordnetenhaus zum zweitenmal angenommen worden ist, bessere Aussichten auf Annahme hat. Eine Aenderung in der Zusammenfassung des Magnatenhauses kann auf doppelte Weise herbeigeführt werden: entweder durch einen Parichub, also durch die Ernennung neuer Mitglieder, oder durch eine Abänderung des Censur für das Magnatenhaus, die es den jetzt während des hohen Censur ausgeschlossenen siebenbürger Magnaten ermöglicht, in das Magnatenhaus einzutreten. Auf einem von diesen beiden Wegen wird das Cabinet Weterle zum Ziele zu gelangen suchen.

Deutschland.

* Berlin, 7. Okt. Dem Vernehmen nach wird Seine Majestät der Kaiser am 26. und 27. d. Mts. an den Hofjagden bei Blankenburg theilnehmen.
— In Hannover ist der frühere Kommandeur der 39. Infanteriebrigade, Frh. v. Alvensleben, gestorben. Geboren am 7. August 1837 in Weteritz, Provinz Sachsen, war er am 2. Mai 1856 zum Portepeschführer befördert und in das I. Garderegiment zu Fuß eingestellt worden. Im Kriege von 1866 nahm er an den Gefechten bei Hammelburg, Helmstadt und Uettingen, im Feldzug 1870/71 an der Einschließung und Belagerung von Paris, an den Schlachten bei Wörth, Sedan, Orleans, Beaugency-Cravant, Le Mans und an den Gefechten bei Weissenburg, Artenev, Chateaudun, Chartres, Chateaufort, Bretoncelles und Alençon theil. Am 20. Oktober 1891 unter Beförderung zum Generalmajor zum Kommandeur der 39. Infanteriebrigade ernannt, wurde der nun Heimgegangene am 14. Mai 1894 in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs unter Verleihung des Charakters als Generalleutnant zur Disposition gestellt.
— Berliner Blätter melden, daß der ältere Jahrgang der Oberfeuerwerkerschule aufgehoben worden sei. Diese Anordnung ist, so schreibt man der „Köln. Ztg.“, von dem Gesichtspunkte aus getroffen, daß die in Magdeburg eingeschlossenen Schüler wahrnehmlich größtentheils zunächst zu ihren Regimentern zurückgeschickt werden und es nicht angeht, mit den einzelnen zur Entlassung gelangenden den Unterricht wieder aufzunehmen. Ausgeschlossen wäre nicht, daß bis Neujahr sich die Unschuld einer so

großen Zahl herausgestellt hat, daß eine Fortsetzung des Kurses thöricht ist. Von einer angeblich bereits erfolgten Entlassung eines Theils der in Magdeburg eingeschlossenen Feuerwerker ist bisher an bestunterrichteter Stelle nichts bekannt.

□ Berlin, 7. Okt. Während die europäischen Mächte bisher dem chinesisch-japanischen Kriege gegenüber in der passiven Stelle von Zuschauern verharren konnten, sehen sie sich jetzt zu Schritten zum Schutze ihrer Interessen und zur Wahrung ihrer Interessen in China genöthigt. Die Niederlagen der chinesischen Waffen haben die Autorität der chinesischen Regierung im eigenen Lande erschüttert, es drohen Aufstände gegen die Mandchudynastie, und sobald einmal die gesellschaftliche Ordnung der Dinge durchbrochen ist, sind auch die Fremden in China des Schutzes beraubt. Die europäischen Mächte müssen mithin darauf bedacht sein, ihrerseits für den Schutz der Fremden, den die chinesischen Behörden nicht mehr in ausreichendem Maße zu gewähren vermögen, einzutreten. Alle in China hervorragenden interessirten Mächte haben durch die Entsendung von Kriegsschiffen bereits Sorge dafür getragen, daß die fremdenfeindliche Bewegung in China einigermaßen im Zaume gehalten wird. Es wird die Wirkung dieser vorbeugenden Anordnungen aber ohne Zweifel steigern, wenn die Mächte sich über ein gemeinsames Verhalten in Bezug auf den Schutz ihrer Staatsangehörigen verständigen. Gutem Vernehmen nach sind nach dieser Richtung hin diplomatische Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Mächten eingeleitet und dieselben versprechen ein gutes Resultat.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Okt. Eine Pester Zeitung hatte gestern gemeldet, auch Oesterreich-Ungarn werde ein Kriegsschiff zum Schutze der Interessen seiner Staatsangehörigen nach Ostasien senden. Die österreichisch-ungarische Marineverwaltung hat indessen nicht die Absicht, dies zu thun. Die österreichischen Interessen in China sind auch so geringfügig, daß für die Entsendung eines Kriegsschiffs keine Nothwendigkeit vorliegt, zumal in den chinesischen Gewässern sich ein deutsches Geschwader befindet, das etwaige österreichische Interessen mit wahrnehmen wird. Demgemäß erklärt denn auch das „Fremdenblatt“ die Meldung von der Entsendung eines Schiffes der österreichischen Kriegsmarine in die ostasiatischen Gewässer für unrichtig; die wenigen in China ansässigen Staatsangehörigen Oesterreich-Ungarns dürften sich schon durch die Anwesenheit des deutschen Geschwaders geschützt fühlen, so daß unter den augenblicklichen Verhältnissen eine dringende Nothigung zur Entsendung eines österreichischen Schiffes kaum vorhanden sei. Es ist wohl das erstemal, daß die österreichisch-deutsche Bundesgenossenschaft auf solche Weise auch im fernen Osten zur Geltung gelangt.

Italien.

Rom, 7. Okt. Die gerichtliche Untersuchung in der Angelegenheit der entwendeten Dokumente, welche in dem gegen die Banca Romana geführten Prozesse abhandeln gekommen sein sollen, hat bereits begonnen. Der Generalprokurator des Appellationsgerichtshofes hat die Staatsanwaltschaft mit der Voruntersuchung betraut. Zahlreiche Zeugen, namentlich jene Polizeagenten, welche anlässlich der Einleitung des Prozesses gegen die Banca Romana intervenirten, werden zu diesem Zwecke vor die Staatsanwaltschaft zitiert.

Frankreich.

Paris, 7. Okt. Der Präsident der Republik empfing gestern die Botschafter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, später in Privataudienz den französischen Botschafter in Berlin, Herbette. (Der deutsche Botschafter hat kürzlich nach Beendigung seines Urlaubs die Geschäfte wieder übernommen; darauf dürfte sein Empfang, der in diesem Falle nur eine formelle Bedeutung hat, zurückzuführen sein. Seit der Rückkehr des Botschafters auf seinen Pariser Posten ist übrigens das im Sommer aufgetauchte Gerücht, Graf Münster beabsichtige von dem Botschafterposten zurückzutreten, verstummt.) — Aus den asiatischen Besitzungen Frankreichs wird manches Neues, aber nicht lauter Gutes, gemeldet. Der französische Resident in Hanoi hat die Strecke und die Werkstätten der Bahnanlage von Phu-Lang-Thao nach Bang-Son besichtigt und berichtet darüber, daß die Arbeiten gut von statten gingen und vor Jahreschluss beendet sein dürften. Hoffentlich trägt der Eisenbahnbau dazu bei, dem Räuberunwesen einigermaßen zu steuern. Es steht in dieser Beziehung stellenweise noch recht schlimm. Die in Marseille aus Tongking eingegangenen Zeitungen theilen mit, daß am 26. August um Mitternacht Räuber das Haus des Zollaufsehers Chaillet in Montai angegriffen und die Frau und die Tochter des Aufsehers ent-

führt und ihn selber, als er sie verfolgte, niedergeschossen haben. Alle Offiziere und Beamten wohnten am 28. September dem Begräbniß des Unglücklichen bei. Der „Avenir du Tonkin“ meldet, im Bezirke Lu-lon-hete-aine habe eine chinesische Bande einer französischen Truppenabtheilung eine Niederlage beigebracht und einen Militärposten umzingelt. Eine Kompanie sei zum Entsatze abgegangen.

Großbritannien.

London, 7. Okt. In der kaufmännischen Welt Englands nimmt der Kampf um's Dasein immer schroffere Formen an. Unter den jungen Bankbeamten ist eine Liga gebildet worden, die den Zweck hat, energisch dahin zu wirken, daß in keinem Bankhause mehr Damen angestellt werden, weil sie die Gehälter herabdrücken und die jungen Leute um ihre Stellung bringen. An dieser Beschwerde ist manches berechtigt; die jungen Damen sind billigere Arbeitskräfte und machen den Männern immer mehr Konkurrenz. Aber man kann doch den Mädchen, die darauf angewiesen sind, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, nicht den Weg zu einer anständigen bürgerlichen Existenz verschließen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 8. Oktober.

± (Badischer Frauenverein.) Wie aus einem im Anzeigetheile d. Bl. enthaltenen Inserat hervorgeht, wird in dem Museum der Kunstschule des Badischen Frauenvereins am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche eine Sammlung von Stickerien aus der anerkannt vorzüglichsten Kunstschule des Klosters in Aarau ausgestellt sein. Die Ausstellung ist Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin zu danken und ihr Besuch, der unentgeltlich erfolgt, ist namentlich den Freunden des Kunstgewerbes und der Damenwelt angelegentlich zu empfehlen.

* (Kleine Nachrichten aus dem Großherzogthum.) Bei der am 22. bis 23. vorigen Monats in Breiten stattgefundenen Bezirksobstausstellung erregte ein Apfel von seltener Größe Aufsehen; er mißt 36 Centimeter im Umfang, wiegt ein volles Pfund und ist die erste und einzige Frucht eines Pyramidenbäumchens im Pfarrgarten zu Rinklingen. Wir glauben nicht, daß in Baden, ja nicht einmal im Deutschen Reich ein gleich großer Apfel zu finden ist. — In Freiburg wurden, der „Fr. Bla.“ zufolge, zwei Italiener verhaftet, die versucht haben, auf dortigen Bauplätzen neue Talschubrennen weit unter dem wirklichen Werth an den Mann zu bringen. Einige Uhren haben sie auch verkauft. Die Verhafteten sind, da sie sich über den Erwerb der Uhren nicht auszuweisen vermochten, vorerst des Diebstahls verdächtig, ganz abgesehen davon, daß sie sich auch wegen Uebertretung, sowie eventuell wegen Schmutzgelds zu verantworten haben werden.

(Baden, 6. Okt. (Vortrag.) Auf Veranlassung des hiesigen Nationalliberalen Vereins sprach vorgestern Abend im „Krokolit“ Herr Professor Ernst Dahn aus Braunschweig über das Thema: „Der sozialdemokratische Zukunftsstaat im Lichte der Geschichte“. Der Redner wies darauf hin, wie schon unter den alten Deutschen ein Zustand herrschte, der sich dem Ideal unserer Sozialdemokraten vom Sozialstaat näherte, der gleiche Antheil an Grund und Boden, wie sich derselbe aber auf die Dauer nicht halten ließ und, da schließlich für die nachwachsenden Generationen das Ackerland nicht mehr ausreichte, die Völkerverwanderung begann. Dann führte er den Kommunismus der Wiedertäufer in Mühlhausen und Münster im sechzehnten Jahrhundert vor Augen, der in Greueln endete, dann schließlich die französische Revolution zu Ende des vorigen Jahrhunderts, bei welcher nach dem Pläne von St. Juste ein Sozialstaat gegründet werden sollte, der in Blut und Raub unterging, als Beispiel vorzuführen für die Behauptung, daß der soziale Staat, wie ihn sich unsere Sozialdemokraten denken, eine Unmöglichkeit sei. An eine gewaltsame Umwälzung glaubt der Redner nicht; die berechtigten, notwendigen sozialen Reformen würden sich auf friedlichem Wege vollziehen und dazu müßten die bürgerlichen Parteien die Hand reichen. Aber man werde sich nicht von Agitatoren den Folgen des neuen Deutschen Reichs, dessen Aufrichtung so viel Mühe gekostet, untergraben lassen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall, ebenso die Ausführungen des Herrn Professors Hermann von hier über die Utopien des Abg. Bebel von dem Zukunftsstaat, welche derselbe von dem französischen Schreiner Fournier herübergenommen habe. Die zahlreich, auch von Angehörigen anderer Parteien besuchte Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Partisanschusses, Herrn Stadtrath v. Dömbke, geleitet.

Neueste Telegramme.

Pest, 8. Okt. Die ungarische Delegation hielt gestern ihre Schlußsitzung. Reichsfinanzminister Kallay überbrachte den Dank des Monarchen für die Opferfreudigkeit der Delegation. Der Präsident, Graf Tisza, sagte in seiner Schlußrede, der Friede scheine gesichert. Die Mehrbelastung der Monarchie in diesem Jahr betrage kaum eine Million. Es würde einem Selbstmord gleich kommen, würden wir in der Heeresausbildung nachlassen, ehe alle Staaten abritten.

Paris, 8. Okt. Der Präsident der Republik, Casimir Perier, und seine Gemahlin fuhren gestern in einem vier-

